

Am 25. November gehen wir für Frieden und ein Leben ohne Gewalt auf die Straße!

In Gedenken an die Schwestern Mirabal!

Am 25. November 1960 wurden in der Dominikanischen Republik drei Schwestern, Patria, Minevra und Maria Teresa Mirabal, die gegen die dortige Diktatur kämpften, von Soldaten und Polizisten vergewaltigt, ermordet und in ein Flussbett geworfen. Ihr „Verbrechen“ war es, sich für Gleichheit und Freiheit zu engagieren. Der Mut und der Kampf der Schwestern Mirabal, sowie die Wut über ihre Ermordung, wurden zu einem Symbol für Frauen auf der ganzen Welt. In ihrem Gedenken gehen am 25. November jeden Jahres in vielen Ländern der Welt Frauen für Freiheit und Gleichheit, für ein Leben ohne Gewalt und für Frieden auf die Straße. So auch in diesem Jahr.

Fordern wir ein Ende der Kriege für die Sicherheit und den Schutz von Frauen!

In diesem Jahr steht der 25. November im Zeichen lang anhaltender Kriege. Der Krieg in der Ukraine dauert seit fast drei Jahren an. Im Nahen Osten führt die israelische Regierung seit 14 Monaten Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung. Dieser hat sich bereits auch auf den Libanon und Syrien ausgeweitet. Rund 9 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer und 2,2 Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser wurden aus ihren Häusern vertrieben. Die Lebensbedingungen im Gazastreifen sind völlig zerstört und fast 50.000 Menschen haben ihr Leben verloren. 70 Prozent der Toten in Gaza sind Frauen und Kinder unter 14 Jahren. Frauen und Kinder sterben in Kriegen am häufigsten, das ist eine menschliche Tragödie, die nicht zu leugnen ist. Für diese Tragödie ist die deutsche Regierung mitverantwortlich.

Weltweit und auch in Deutschland machen Kriege, Militarisierung und steigende Energie-, Wohn- und Lebensmittelkosten das Leben von Frauen immer schwieriger. Während die Regierung Milliarden Euro aus dem Haushalt für Militär und modernste Kriegswaffen bereitstellt und die Staatskassen für die Reichen plündert, werden die Budgets für den Schutz von Frauen vor Gewalt und für ein sicheres Leben gekürzt. Deutschland hat zwar die Istanbul-Konvention unterzeichnet, aber seit Jahren nichts getan, um deren Bedingungen zu erfüllen. Mehr als 15.000 Frauen werden aus Kapazitätsgründen von Frauenhäusern zurückgewiesen und müssen in eine Umgebung zurückkehren, in der sie Gewalt erfahren haben und weiterhin erleben werden. Die Gebühren für Kindertagesstätten, wenn man den einen Platz bekommen sollte, sind entweder exorbitant hoch oder die Einrichtungen werden wegen Personalmangels geschlossen. Gleichzeitig steigen die Schulbeiträge, die viele alleinerziehende Frauen nur mit Mühe und Not aufbringen können. Der Staat schützt Frauen nicht und Millionen von uns kämpfen ums Überleben.

Gehen wir am 25. November gemeinsam für ein sofortiges Ende der Kriege, für dringende humanitäre Hilfe in den Kriegsgebieten - nicht für Waffen, für die Ausstattung von Frauenhäusern, für die Erhöhung der Budgets für Frauen, Kinder und Familien auf die Straßen!

Armut nimmt Frauen die Möglichkeit aus Gewaltsituationen zu fliehen!

Deutschland wird auf der einen Seite immer reicher und auf der anderen Seite immer ärmer. Alleinerziehende Mütter, Frauen in Niedriglohnjobs und Rentnerinnen stehen ganz oben auf der Armutsliste. Frauen verdienen immer noch 18 Prozent weniger als Männer. Mit zunehmender Armut fällt auch die Chance, sich aus Gewaltsituationen zu befreien. Denn Frauen, die über kein ausreichendes Einkommen verfügen, können sich unter den gegebenen Bedingungen kein vom Mann unabhängiges Leben aufbauen und auf eigenen Beinen stehen. Armut führt zu einem Teufelskreis, der Frauen immer wieder von neuem Gewalt erfahren lässt.

In Deutschland wird jeden zweiten Tag eine Frau von ihrem aktuellen Partner oder Ex-Partner ermordet und alle vier Minuten wird eine Frau Opfer von Gewalt. Und weil die Morde an Frauen als „Familienstreit“ oder „Beziehungs-drama“ und nicht als Femizide angesehen werden, werden die Täter zu geringen Strafen verurteilt. Auch das Justizsystem schützt Frauen nicht.

Erheben wir deshalb am 25. November unsere Stimme für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gegen Frauenarmut, für eine Erhöhung der Mindest- und Reallöhne, die für ein menschenwürdiges Leben ausreichen, für eine Grundsicherung im Alter, für das Recht auf kostenlose Kindertagesstätten, für die Bestrafung von Frauenmorden als Femizide und für das uneingeschränkte Recht auf Schwangerschaftsabbrüche!

Gemeinsam und solidarisch gegen Rassismus!

In letzter Zeit gewinnen rechte Parteien an Zulauf, indem sie sich die wachsenden Probleme und Zukunftsängste zunutze machen. Sie versuchen, die Solidarität unter uns zu schwächen, indem sie Feindseligkeit gegen Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund schüren und Werk-tätige gegeneinander ausspielen. Doch weder ist ihnen der „Schutz der deutschen Frauen“, wie immer behauptet, ein Anliegen, noch sind es die Interessen der „einfachen Menschen“. Das zeigt die Politik, die sie auf unseren Kosten, im Interesse der Reichen, machen.

Doch wir wissen, gegen all die Probleme, die wir jetzt und in Zukunft haben, können wir nur vorgehen, wenn wir uns zusammenschließen und gemeinsam kämpfen. Der 25. November ist der Tag, an dem wir unsere Stärke als Frauen auf der Straße gegen jede Form von Gewalt zeigen und unsere Einheit stärken! Als DIDF rufen wir alle werktätigen Frauen auf, sich an den Protesten zu beteiligen und diese Kraft zu stärken!



Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF)
Berliner Str. 77, 51063 Köln - www.didf.de - didf@didf.de
V.i.S.d.P.: Hüseyin Avgan